



Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath  
Rathaus  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

Leverkusen, 04. November 2019  
jf/gt/F.4-\_\_

### **Antrag: Bürger-App**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

**Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welche Art und Weise die Einrichtung einer internetgestützten und App-basierten Plattform umsetzbar ist.**

**Ziel ist es, ein leicht zugängliches Forum zu schaffen für den Informationsaustausch zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung sowie für einfache Meinungsabfragen zu kommunalen Themen.**

**Dabei sind die Datensicherheit und bei Abstimmungen die Anonymität der Nutzer zu wahren.**

**Hierzu ist eine Arbeitsgruppe einzurichten, an der die Fraktionen beteiligt werden.**

**Nach erfolgreicher Prüfung erfolgt die Einbringung einer Verwaltungsvorlage zur Einführung des Systems.**

#### Begründung:

Alle reden von Digitalisierung. Maßnahmen, die direkt wahrnehmbar für den Bürger sind, sind jedoch Mangelware. Wir müssen mit der Zeit gehen und in einem Zeitalter, in dem alle quasi immer online sind und das Smartphone als ständiger Begleiter dabei ist, diese neuen Formen der Kommunikation endlich für uns nutzen und einen besseren Austausch zwischen Bürgern und den relevanten Akteuren in Politik und Verwaltung herstellen.

Neue Kommunikationsformen bedeutet hierbei in erster Linie die Kommunikation über Smartphone und entsprechende App/mobile Webseite. Politik und Verwaltung sind schwer zugänglich und oftmals auch schwer verständlich. Eine App, die diese Barrieren abbauen könnte, soll zunächst einmal in der Lage sein, Meinungsabfragen zu liefern.

Die „Politik“ (Rat der Stadt Leverkusen) soll in Abstimmung mit der Verwaltung in die Lage versetzt werden, Thesen oder Fragen online zu stellen, die mit Ja oder Nein beantwortet werden können und so ein Meinungsbild liefern. Das könnte in weiteren Schritten dann mit Kommentarfunktionen ergänzt werden bzw. der Möglichkeit der Meinungsabfrage von Thesen und Fragen aus der Bevölkerung selbst. Die technischen Möglichkeiten sind dabei im konkreten im Rahmen dieses Prüfauftrags von der Verwaltung und der zu beteiligenden Arbeitsgruppe aus Vertretern der Fraktionen zu klären.

Die Vorteile eines leicht zugänglichen Informations- und Meinungsaustausches zu kommunalen Themen liegen auf der Hand. Die Bürgerinnen und Bürger sind von Kommunalpolitik meistens deutlich direkter betroffen als von Landes- oder Bundespolitik. Jedoch bekommt man von diesen Vorgängen deutlich weniger mit. Und selbst bei persönlichem

Interesse und aktiver Suche sind die meisten Sachverhalte schwer zugänglich. Ein neu erschlossener Kommunikationspfad über den ständigen Begleiter Smartphone stellt daher einen enormen Zugewinn an Transparenz und Glaubwürdigkeit dar.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Bernhard Marewski  
CDU-Fraktion

gez. Dirk Löb  
SPD-Fraktion